

Kann die duale Ausbildung zur Bildungsgerechtigkeit beitragen?

Elke Büdenbender/Heike Kahl

Das duale Ausbildungssystem in Deutschland gilt im internationalen Vergleich als besonders leistungsfähig. Die Jugendarbeitslosigkeit ist gering und die Kompetenzen beruflich ausgebildeter Fachkräfte sind gefragt. Vielleicht ist dies ein Grund, warum die beruflichen Schulen als eine der beiden tragenden Ausbildungssäulen in der öffentlichen Debatte um Bildungsgerechtigkeit kaum vorkommen. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass viele bei dem ausdifferenzierten Angebot der Schulen, die mal Berufsschule, mal Berufskolleg, mal Berufsfachschulen und mal wieder anders heißen, den Überblick verloren haben. Auch Eltern und Lehrer an Sekundarschulen, die die wichtigsten Berater von Jugendlichen bei der Berufswahl sind, kennen aktuelle Berufsbilder und das Berufsausbildungssystem trotz aller Bemühungen oft nur eingeschränkt.

Tatsache ist, dass die Berufsschulen für etwas mehr als die Hälfte aller Jugendlichen ein wichtiger Bildungsort sind. Es ist an der Zeit, sich diesem wichtigen Teil des Bildungssystems und einer der größten Schulformen des Landes zu widmen und die Berufsschulen in die Debatte um Bildungschancen einzubeziehen.

Eine der Autorinnen (*Elke Büdenbender*) ist beide Wege, sowohl den der Berufsausbildung als auch den der akademischen Ausbildung, gegangen und kann aus eigener Anschauung den hohen Wert der Ausbildung an Berufsschulen, Schulen des zweiten Bildungsweges, den Universitäten und die Chancen, die eine Durchlässigkeit der Bildungssysteme bietet, ermessen. Sie hat nach dem Abschluss der Realschule eine Ausbildung zur Industriekauffrau folgen lassen, danach am Siegerland-Kolleg das Abitur erlangt und anschließend Rechtswissenschaften studiert, um dann später als Richterin am Verwaltungsgericht zu arbeiten. Während ihrer Ausbildung war sie Jugendvertreterin in ihrem mittelständigen Ausbildungsbetrieb.

Die Experten einigen sich in der Definition von Bildungsgerechtigkeit auf das Ideal eines von individuellen Faktoren wie Geschlecht, ethnischer oder sozialer Herkunft, ökonomischer Leistungsfähigkeit, religiöser oder politischer Anschauung unabhängigen Bildungssystems. In einem bildungsgerechten System besteht demnach also weitgehende Chancengleichheit für alle. Welcher Bildungsstand schließlich individuell erreichbar ist, hinge dann lediglich von Leistungskriterien ab. „Hinge“ – an dieser Stelle beschreibt der Konjunktiv II treffend diese Annahme als unrealistisch, denn in Deutschland ist es um die Bildungsgerechtigkeit nicht durchgängig gut bestellt.

Für das deutsche Bildungssystem zeigen zahlreiche Studien eine im internationalen Vergleich hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozialen und familiären Hintergrund. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit eines Bildungsaufstiegs von Kindern aus einem sozial schwachen Umfeld in Deutschland nach wie vor – gemessen an den grundsätzlich vorhandenen Mitteln – nicht so hoch ist.

Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) sieht einen Grund für die Bildungsungleichheit darin, dass vorhandene „Mittel oft nicht an den richtigen Stellen und nicht effektiv eingesetzt [werden], weil es kein Zusammenspiel, im schlechtesten Falle Konkurrenzen zwi-

schen Ministerien, Ländern, Zivilgesellschaft auf Bundes- oder Landesebene gibt“. So steht es im Leitbild der Organisation.

Hinzu kommt, dass Büchergeld, kostenpflichtige Kitas und Ganztagschulen und weitere finanzielle Hürden Schülerinnen und Schüler, deren Eltern diese Ressourcen nicht zur Verfügung stellen können, trotz vorhandener Fördermöglichkeiten eher benachteiligen. Meist sind Migrantenkinder betroffen, aber auch Kinder, deren Eltern ungelernt sind und maximal Aushilfsjobs annehmen können.

Unter dem Aspekt von Bildungsgerechtigkeit einen genauen Blick auf die Berufsschulen zu werfen, soll hier nicht bedeuten, akademische und berufliche Bildung gegeneinander auszuspielen. Auch wenn in Deutschland die Wahrscheinlichkeit, eine Universität oder Fachhochschule zu besuchen, für Kinder aus Akademikerfamilien größer ist, eröffnen beide Bildungswege Jugendlichen gute Zukunftschancen, wenn sie in einen erfolgreichen Abschluss münden. Die Frage ist vielmehr, wie gut und zuverlässig Berufsschulen dazu beitragen, dass alle Schülerinnen und Schüler ihre individuellen Kompetenzen und Potentiale entfalten und einen erfolgreichen Übergang ins Arbeitsleben schaffen.

Vorweg sei grundsätzlich erklärt: Die Ständige Konferenz der Kultusminister definiert die Berufsschule neben den Ausbildungsbetrieben als „gleichberechtigte Partnerin“ in der dualen Berufsausbildung. Sie ist in der dualen Ausbildung verpflichtend und lehrt berufsbezogene und -übergreifende Kompetenzen. Der Unterricht umfasst mindestens zwölf Wochenstunden und findet in Teilzeit statt. Er entspricht der Regelausbildungsdauer des jeweiligen Berufs. Die Berufsschule führt zu einem eigenständigen Abschluss, möglich sind der Hauptschulabschluss und der mittlere Schulabschluss; durch Zusatzunterricht kann ein Hochschulzugang erlangt werden.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung zählte 2017 insgesamt 327 anerkannte duale Ausbildungsberufe. Sie alle erfordern den Besuch der Berufsschule. Daneben gibt es noch das Berufsvorbereitungsjahr, das als Jahr zur Vorbereitung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag auf eine Berufsentscheidung und Berufsausbildung durch Vollzeitunterricht zur Einführung in ein bis zwei Berufsfelder beinhaltet. Es kann nicht auf eine darauffolgende Ausbildung angerechnet werden. Allerdings können Schüler hier den Hauptschulabschluss nachholen. Im Berufsgrundbildungsjahr erlernen die Schüler Grundqualifikationen in einem bestimmten Berufsfeld. Voraussetzung hierfür ist der Hauptschulabschluss nach Klasse 9. Nach dem Berufsgrundbildungsjahr kann der Schüler entweder den Hauptschulabschluss nach Klasse 10, oder, je nach Noten, die Fachoberschulreife vorweisen. Das Jahr kann auf die anschließende Ausbildung angerechnet werden.

Bundesweit hat das Statistische Bundesamt im Schuljahr 2016/17 insgesamt rund 2,5 Millionen Berufsschüler gezählt, davon waren rund 56,3 Prozent in berufsschulischen Teilzeit-Studiengängen – also in aller Regel in einer dualen Ausbildung. Das heißt aber auch: 43,7 Prozent der heutigen Berufsschüler entsprechen gar nicht mehr den weit verbreiteten Vorstellungen davon, wer eigentlich eine Berufsschule besucht.

Im vergangenen Jahr war die berufliche Bildung das Schwerpunktthema der Kultusministerkonferenz. Es wurden Ziele und Maßnahmen entwickelt, um den Herausforderungen an die berufliche Bildung zu begegnen und um „Berufsbildung als zentralen Anker der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dauerhaft zu sichern“. Auch die DKJS als zivilgesellschaftliche Bildungstiftung widmete sich 2017 der Berufsbildung. Unter der Frage „Wie ist es um die Berufsschulen in Deutschland bestellt?“ erkundete sie das Feld, sprach mit über 220 Personen und

fasst die Erkenntnisse in einem Diskussionspapier zum Status quo der Schulen zusammen, das aktuelle Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze benennt.

Diese und andere Vorhaben sind trotz der eingangs beschriebenen insgesamt positiven Ausgangslage wichtig. Denn das Wissen um die Bandbreite der beruflichen Schulen unseres Landes und ihre Möglichkeiten, im Grunde jeden Schulabgänger ungeachtet seiner Vergangenheit und Herkunft auffangen zu können, ist vielen Bildungspolitikern, Akademikern und Journalisten sowie potenziellen Berufsschülern und ihren Eltern nicht ausreichend präsent. Immer weniger der Akteure der öffentlichen Bildungsdebatte haben eine Berufsschule als Schüler oder Lehrer von innen gesehen. Unwissenheit über deren Leistung und Potentiale, aber auch mangelnde Wertschätzung, sind die Folgen. *Katharina Bläß* und *Armin Himmelrath* haben sich unter dem Titel „Berufsschulen auf dem Abstellgleis – Wie wir unser Ausbildungssystem retten können“ (Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2016) dem Thema der (mangelnden) Wertschätzung und Beachtung des Potentials der Berufsschulen und der Stellung der dort Lehrenden in einer Untersuchung gewidmet, die maßgeblich für die nachfolgenden Ausführungen ist. Ein Zitat aus dem Diskussionspapier der DKJS bringt das Dilemma auf den Punkt: „Könnte man Friseur ‚studieren‘, wäre für viele die Welt bereits in Ordnung.“

Das Imageproblem der beruflichen Schulen und deren weitgehend unbeachtetes Arbeiten abseits der Debatte ist – wie gesagt – jedoch nur ein Teil der aktuellen Schieflage. Auch das System selbst schwächelt. Eine Bestandsaufnahme zeigt offensichtliche Schwachpunkte:

Viele Lehrstellen bleiben unbesetzt, gleichzeitig gibt es jedoch viele junge Menschen, denen der Berufseinstieg nicht reibungslos gelingt. Knapp acht Prozent aller Stellen blieben laut Bertelsmann-Stiftung 2016 unbesetzt. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die Erwartungen der Unternehmen auf breiter Front gestiegen sind. Gleichzeitig werden viele Jugendliche nicht ausbildungsreif aus der Sekundarschule entlassen. Ihnen gelingt es daher im Anschluss nicht, direkt eine Ausbildung aufzunehmen. Die betroffenen Schüler landen zunächst in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems, sprich, sie machen ein Berufsvorbereitungsjahr. Hat man dann endlich einen Ausbildungsplatz, so sind vor allem die Handwerksberufe mit Anstrengungen verbunden, denen sich einige Jugendliche nicht gewachsen fühlen oder die sie nur ungern auf sich nehmen. Viele derjenigen, die besondere Unterstützung und Orientierung brauchen, geben dann auf.

Nach den Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurden im Jahr 2015 bundesweit 142.275 Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst. Zwar sind nicht alle Vertragsauflösungen mit einem Ausbildungsabbruch gleichzusetzen, auch Betriebs- oder Berufswechsel innerhalb des dualen Systems werden durch diese Statistik erfasst. Dennoch sind die Zahlen, die zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen deutlich variieren, in einigen Bereichen besonders hoch.

Die höchste Vertragslösungsquote wies 2015 der Beruf des Restaurantfachmanns (49,6 Prozent) auf. Ebenfalls knapp die Hälfte aller Verträge wurden in den Berufen Koch (48,1 Prozent), Friseur (48,6 Prozent), Fachkraft für Schutz und Sicherheit (48,3 Prozent) und Gebäudereiniger (48,0 Prozent) aufgelöst. Am niedrigsten war die Abbruchquote bei den Verwaltungsfachangestellten (3,6 Prozent). Auffällig ist, dass die Vertragslösungsquote umso höher ausfällt, je niedriger der allgemein bildende Schulabschluss der Auszubildenden ist. Hier könnte es beispielsweise zielführend sein, die Rolle der Berufsschulen zu stärken, um häufig genannte Abbruchgründe, wie falsche Berufsvorstellungen, zu entkräften (*Bläß/Himmelrath*, S. 31).

Unterschiede sind auch zwischen Auszubildenden mit deutscher und mit ausländischer Staatsangehörigkeit erkennbar. Von den Ausbildungsverträgen der Auszubildenden ohne deutschen Pass wurden im Durchschnitt 33,2 Prozent vorzeitig gelöst, von den Verträgen der Auszubildenden mit deutscher Staatsangehörigkeit nur 24,2 Prozent. Überhaupt ist es gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund schwer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Die Zahlen belegen: Je höher der Schulabschluss, desto weniger Einfluss hat die Nationalität auf den Erfolg beim Ausbildungseinstieg. Umgekehrt erschweren in Bezug auf Flüchtlinge und andere Migranten, die nach Deutschland kommen, fehlende oder nicht anerkannte Schulabschlüsse ihnen den Eintritt in den Ausbildungsbetrieb. Prekäre Beschäftigung für lediglich angelernte Hilfskräfte ist die Folge und Zuwanderung in die betriebliche Ausbildung findet kaum statt (*Blaß/Himmelrath*, S. 25).

An dieser Stelle wird eine mangelnde Bildungsgerechtigkeit in der beruflichen Bildung deutlich: In Deutschland gibt es zwar an vielen einzelnen Berufsschulen ein großes und auch erfolgreiches Bemühen um die Ausbildung von zugewanderten jungen Menschen, allerdings fehlt in Deutschland ein flächendeckendes Berufsschulsystem, das Zuwanderer sowohl außerhalb der Schulpflicht als auch außerhalb eines Rechtsanspruches anspricht. Integration über Beschäftigung und berufsschulische Bildung kann so flächendeckend nicht stattfinden (*Blaß/Himmelrath*, S. 25 f.).

Eine andere Gruppe, die von unbesetzt bleibenden Stellen kaum profitiert, sind Hauptschüler. Im Jahr 2015 gelang es nur jedem zweiten Schulabgänger mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss, direkt eine Ausbildung im dualen oder im Schulberufssystem aufzunehmen. Die andere Hälfte wechselt zunächst in eine der zahlreichen Maßnahmen des Übergangssystems, in denen kein Berufsabschluss erworben werden kann.

Obwohl viele Betriebe händeringend Auszubildende für ihre Lehrstellen suchen, setzen viele nach wie vor auf eine Bestenauslese – obgleich nicht verkannt werden darf, dass mittlerweile schon viele Ausbildungsbetriebe mit Hilfe der Handwerks- und Industrie- und Handelskammern große Anstrengungen unternehmen, auch niedrigqualifizierte junge Menschen „mitzunehmen“. Dennoch bleibt das System, das einst für die mittleren und niedrigeren Schulabschlüsse prädestiniert war, vielen Jugendlichen, die einen weiteren Schulbesuch nicht wollen oder aus anderen Gründen nicht erfolgreich absolvieren können, verschlossen. Hinzukommt, dass bestimmte Ausbildungsgänge vermehrt nicht mehr mit einem Hauptschulabschluss zugänglich sind, weil es einen generellen Trend zum Upgrading bei den Bildungsvoraussetzungen gibt: So stellen die Polizeibehörden der Länder keine Bewerber mit Hauptschulabschluss mehr ein. Und für eine Lehre als Bankkaufmann, noch vor wenigen Jahren auch mit der mittleren Reife zugänglich, gilt mittlerweile das Abitur als zumindest informelle Mindestvoraussetzung. Der Trend ist deutlich: Die Anforderungen werden weiter angehoben – die Schulabgänger mit Hauptschulabschluss haben das Nachsehen (*Blaß/Himmelrath*, S. 24 f.).

Mangelnde Ausbildungsreife, niedrige Schulabschlüsse, falsche Berufsvorstellungen und Migrationshintergründe führen aber nicht allein auf Seiten der Ausbildungsbetriebe zu Hindernissen. Sie stellen gerade auch die Berufsschulen zunehmend vor Herausforderungen, die es für ein künftiges Gelingen der Fachkräftesicherung – und zur Steigerung der Bildungsgerechtigkeit – dringend zu bewältigen gilt.

Ein weiterer massiver Umbruch, der auf dem Rücken der Berufsschulen erfolgt, findet unter dem Stichwort „Akademisierungstrend“ statt. Obwohl die strikte Trennung zwischen akademischer und betrieblicher Ausbildung nicht der Realität entspricht – kann doch beispielsweise

aufbauend auf dem Abschluss einer mindestens zweijährigen Berufsausbildung und einer Anzahl von Berufsjahren der Zugang zur fachgebundenen allgemeinen Hochschulreife erlangt werden –, stehen sich Studium und Ausbildung meist konkurrierend gegenüber. Was fehlt, ist eine bessere Verzahnung beider Ausbildungswege durch wechselseitige Anerkennung von Leistungen – es gibt zum Beispiel zu wenige Hochschulangebote für beruflich Qualifizierte (*Blaß/Himmelrath*, S. 27).

Umgekehrt verzeichnen die praxisorientierten Studiengänge in Zukunft wohl den stärksten Zulauf aller Studiengänge. So stieg der Anteil der Studienanfänger an Fachhochschulen seit 1995 von 26 auf knapp 40 Prozent. Auch Angebot und Nachfrage nach dualen Studiengängen wachsen rasant. Mehr als 100.000 junge Menschen waren 2016 für ein Studium eingeschrieben, das einen Bachelor-Abschluss mit einer Berufsausbildung oder längeren Praxisphasen im Unternehmen verbindet. Das sind doppelt so viele wie noch 2010. Eine Qualifikation durch eine duale Ausbildung ist demnach in vielen Fällen nicht mehr ausreichend.

Der Akademisierungstrend beschreibt jedoch vor allem die stetig ansteigenden Studierendenzahlen. Viele Jugendliche gehen lieber länger zur Schule und erwerben einen Abschluss, der die Aufnahme eines Studiums erlaubt, als eine duale Berufsausbildung zu beginnen. Die Gruppe der Studierenden ist seit dem Jahr 2009 größer als die der Auszubildenden. Wenn sich dieser Trend aus den vergangenen Jahren ungebrochen fortsetzt, werden 2030 nur noch etwas mehr als 400.000 junge Menschen eine betriebliche Ausbildung beginnen. Diese Entwicklung bewertet die Stiftung als unumkehrbar. Eine unnötig hohe Zahl an Studienabbrechern, die nicht unbedingt den Weg in eine duale Ausbildung finden, ist zwangsläufig die Folge (*Blaß/Himmelrath*, S. 27).

Über alle Hochschularten und Fächer hinweg schaffen laut Deutschem Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) 29 Prozent der Studienanfänger aus den Jahren 2010 und 2011 im Bachelorstudium keinen Abschluss (Fachwechsler bereits ausgenommen). Unter den Migranten brechen sogar 43 Prozent ihr Studium ab. Besonders interessant ist dabei, dass die Abbruchquoten an den Universitäten seit Jahren konstant sind, die der Fachhochschulen jedoch rasant steigen: Gaben dort von den Studienbeginnern des Jahres 2006 nur 19 Prozent auf, sind es nun 27. Wären einige von ihnen in einer praxislastigeren dualen Ausbildung besser aufgehoben?

Einer Untersuchung des DZHW zufolge beginnt nur jeder fünfte Abbrecher eine Ausbildung. Der Rest nehme entweder ohne Berufsabschluss eine Arbeit auf, werde selbstständig oder arbeitslos. Deshalb fördert das Bildungsministerium seit 2014 mit seiner Kampagne „Neue Chancen in Handwerk, Handel und Industrie“ Modellprojekte zur Integration von Studienabbrechern in die berufliche Bildung. Auf der Webseite des Bildungsministeriums „studienabbruch-und-dann.de“ können sich Abbrecher neu orientieren und über Chancen auf dem Ausbildungsmarkt informieren. Außerdem bräuchte es als weiteren Anreiz eine generelle Anerkennung von bislang erbrachten Studienleistungen in der Ausbildung (*Blaß/Himmelrath*, S. 29 f.).

Es wundert einen jedenfalls nicht, dass so viele Schüler ihr Glück an den Fachhochschulen zumindest probieren. Immerhin bilden die Bachelorabsolventen eine große Konkurrenz zu den Angestellten mit dualer Ausbildung. Die Differenz in der inhaltlichen Gestaltung eines Jobs, wie in der Vergütung, wird dadurch immer größer. Analysen haben gezeigt, dass Beschäftigte mit Bachelorabschluss vorrangig als Akademiker eingestuft und oberhalb von beruflich Qualifizierten eingesetzt werden. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass für Angestellte mit Berufsausbildung bestimmte Karrierewege im Unternehmen tabu sind.

Absehbar ist, dass diese Entwicklung durch die Ausweitung unmittelbar berufsbezogener Hochschulabschlüsse, wie dem des Bachelors, weiter verstärkt wird. Mittlerweile gibt es zudem viele Studiengänge für ehemalige Ausbildungsberufe wie zum Beispiel in der Gesundheitsbranche, wo aus der Ausbildung zur Krankenschwester der „*Bachelor of Nursing*“ wird. Für Fachkräfte mit einem geringeren Bildungsabschluss wird es dadurch schwieriger, eine Stelle zu finden. Durch eine wechselseitige Anerkennung von Leistungen aus Ausbildung und Studium könnte das Berufsschulsystem wohl einen weiteren Beitrag zur gerechten Verteilung von Bildungschancen leisten (*Blaß/Himmelrath*, S. 26 f.).

Klingt, als sei die berufliche Bildung weit entfernt von Bildungsgerechtigkeit. Aber weit gefehlt. Im Grunde sind alle Potentiale innerhalb des Systems bereits angelegt.

Diversität ist längst Alltag an Berufsschulen. Flüchtlinge, Migranten, Studienabbrecher und Hauptschüler mitsamt ihren Unterschiedlichkeiten und deren Förderung sind seit Jahren die Spezialität der Berufsschulen. Was für andere Schulen Neuland ist, ist an Berufsschulen gängige Praxis. Die Berufsschulen haben über ihre immanente Flexibilität besonders weitreichende Möglichkeiten, denn gerade die Problemkomplexe Akademisierung und Konkurrenz mit dem Bachelor-System sowie die Integration von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund durch Bildung lässt sich in erster Linie in den Berufsschulen gestalten, reformieren und verbessern.

Um es klar zu sagen: Das Bildungssystem und unsere Gesellschaft braucht alle Jugendlichen; gerade die Flüchtlingszuwanderung wird in diesem Zusammenhang zurecht nicht nur als große Herausforderung, sondern auch als Chance für die Fachkräftegewinnung durch Integration in Ausbildung angesehen. Die heterogene und diverse Gesellschaft braucht neue Wege im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Es ist deshalb sinnvoll und richtig, wenn Betriebe und Unternehmen sich bei der Suche nach den Facharbeitskräften von Morgen auch unter den bislang wenig beachteten Jugendlichen umsehen. Potenzielle Zielgruppen sind Migranten, Studienabbrecher, junge Erwachsene, die schon länger aus der Schule sind, sowie junge Mütter oder Väter, für die eine Ausbildung in Teilzeit infrage kommt.

Um diese Zielgruppen sollten sich alle Akteure verstärkt bemühen. Damit die duale Ausbildung wieder attraktiv wird, bedarf es daher zweier Entwicklungen: Erstens muss die Berufsschule als Raum für individuelle Entfaltung, Schwerpunktsetzung und Charakterbildung ihre Möglichkeiten mehr nutzen und vor allem aktiv gestalten (*Blaß/Himmelrath*, S. 77). Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) bestätigt: Die Berufsschulen „werden künftig deutlich mehr Zeit für die soziale Betreuung und die Lernbegleitung des einzelnen Schülers benötigen“. Sollen die Berufsschulen diese Aufgabe übernehmen und erfolgreich bewältigen, kommen die Länder um eine bessere personelle Ausstattung mit pädagogischem, sozialpädagogischem und schulpsychologischem Personal also nicht herum. Dann können die Berufsschulen über den bisher bereits geleisteten Beitrag wesentlich zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen (*Blaß/Himmelrath*, S. 78).

Zweitens wird es notwendig werden, dass sich Ausbildungsbetriebe bereits in der Auswahl von Auszubildenden, noch mehr als bislang, nicht nur an Zeugnisnoten und akademischen Maßstäben orientieren, sondern den Menschen hinter der Bewerbung noch besser erkennen und

individuell fördern (*Blaß/Himmelrath*, S. 78). Auch bedarf es einer wachsenden Wertschätzung der Berufsschule durch die Betriebe. Beide Säulen tragen die duale Ausbildung und müssen miteinander arbeiten.

Der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren stark verändert: Nicht mehr die Entscheidung für das Erlernen eines lebenslang ausgeübten Berufs, sondern die Notwendigkeit zur flexiblen Ausgestaltung und Anpassung des eigenen Qualifikations- und Kompetenzprofils an die wechselnden Anforderungen und Beschäftigungsmöglichkeiten charakterisieren die berufliche Entscheidungssituation heutiger Schulabgänger. Laut Kultusministerkonferenz zählen mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit bei der Gestaltung des eigenen Berufs- und Lebenswegs sowie lebenslanges Lernen und berufliche, regionale und transnationale Mobilität in einer zunehmend globalisierten Arbeitswelt zu den zentralen Herausforderungen. Der stark gestiegene nachschulische Förderbedarf resultiert demnach vor allem aus den gestiegenen Qualifikationsanforderungen im Beschäftigungssystem und den Entwicklungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt – auf die die Jugendlichen nur bedingt in der Orientierungsphase zu Schulzeiten vorbereitet werden (*Blaß/Himmelrath*, S. 79 f.).

Die Bundesagentur für Arbeit und die Kultusministerkonferenz zählen zu einem erfolgreichen Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Erwerbsleben einen Anschluss ohne Brüche und „Warteschleifen“, wie das Berufsorientierungsjahr oft genannt wird. Dies gelingt auch in der Tendenz: Nach deutlichen Rückgängen der Anfängerzahlen im Übergangsbereich zwischen 2005 und 2014 ist die Zahl der Anfänger im Übergangsbereich nach 2015 nun auch 2016 angestiegen. Sie lag bei 298.800. Dies entspricht einem Anstieg um mehr als zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg ist jedoch nicht auf ein Misslingen der Integration der Schüler in den Ausbildungsmarkt zurückzuführen, sondern im Wesentlichen auf Integrationsmaßnahmen für junge Geflüchtete.

Eine frühe praxisorientierte, individuelle berufliche Orientierung und Beratung sowie die Durchlässigkeit des Systems sind daher von immenser Bedeutung für eine erfolgreiche Berufswahl junger Menschen.

Das veraltete Schwarz-weiß-Denken zwischen dualer Ausbildung einerseits und akademischem Werdegang andererseits kann bereits heute wirksam durchbrochen werden, und wie keine andere Schulform reagiert die Berufsschule durch ihre modulartige Struktur auf unterschiedlichste Bildungsbedürfnisse von Schülern. Die Spannweite reicht mittlerweile vom 16-jährigen Flüchtlingskind mit rudimentären Deutschkenntnissen bis zur 20-jährigen Studienabbrecherin.

Die Berufsschulen arbeiten aber heute nicht nur daran, vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen trotz schwieriger (Bildungs-)Biographien eine berufliche Perspektive zu bieten. Viele Berufsschulen und auch Betriebe reagieren ebenso auf die Erfordernisse eines sich globalisierenden Arbeitsmarktes und eine Annäherung an die Fachhochschulen mit der Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes während der Ausbildung. Mit diesem besonderen Engagement können berufsbildende Schulen ihr Profil nachhaltig und wirksam schärfen. Und, noch wichtiger: Es lassen sich enorme Effekte für den Erfahrungs- und Bildungshintergrund der beteiligten Schüler realisieren.

Weil trotz der guten Erfahrungen von teilnehmenden Auszubildenden und Betrieben das Wissen um die Bedingungen und Möglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes aber immer noch gering ist, hat die Informations- und Beratungsstelle für Auslandsaufenthalte in der beruflichen Bildung (IBS), die beim Bundesinstitut für Berufsbildung angesiedelt ist, das Onlineportal „go-ibs.de“ ins Netz gestellt. So sollen durch gute Beratung und Information mehr Nachwuchskräf-

ten internationale Erfahrungen ermöglicht und die berufliche Bildung attraktiver gemacht werden. Die Datenbank will dafür alle relevanten Informationen und Programme branchenübergreifend vernetzen. Das Spektrum reicht von fachbezogenen Freiwilligeneinsätzen über Ausbildungsphasen im Ausland bis hin zu internationalen Fachkräftebegegnungen. So können Auszubildende, die einige Zeit etwa als Tischler nach Irland oder als Hotelmanagerin nach Südkorea gehen wollen, alle notwendigen Angebote und Hinweise auf einen Blick miteinander vergleichen – von Stipendien und anderen Finanzierungsmöglichkeiten über Fragen der Unterbringung und notwendige Sprachkenntnisse bis hin zur Anerkennung der Zeiten im Ausland. Und die ist, auch das wissen längst nicht alle Beteiligten, denkbar einfach: Nach dem Berufsbildungsgesetz werden Ausbildungsabschnitte im Ausland als Teil der Berufsausbildung angerechnet. Die Ausbildung wird also nicht unterbrochen, die Ausbildungsvergütung weitergezahlt (*Blaß/Himmelrath*, S. 155).

Dabei muss für die Teilnahme an einem solchen Austauschprogramm das Rad nicht unbedingt neu erfunden werden: Europäische Förderprogramme wie Erasmus+ oder auch gemeinnützige Stiftungen haben bereits langjährige Erfahrung im Bereich der Azubi-Auslandsaufenthalte. So sendet etwa die Hamburger Joachim Herz Stiftung im Rahmen des Stipendienprogramms „Azubis in die USA“ jedes Jahr mehrere Dutzend Auszubildende aus Bayern und Hamburg für zwei bis drei Monate in den Südosten der USA (*Blaß/Himmelrath*, S. 156).

Mit dem Begabtenförderungsprogramm des BMBF, aber auch der Spitzenförderung, etwa im Rahmen der für Deutschland erfolgreichen europäischen Berufsmeisterschaft EuroSkills in Göteborg (Schweden) 2016 und der internationalen Berufsmeisterschaft WorldSkills 2017 in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) sind weitere Impulse zur Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung gesetzt. Weitere Beispiele einer möglichen Profilschärfung von Berufsschule und Unternehmen sind Trainee-Programme, Lernfabriken zur Industrie 4.0 und die Anerkennung eines Ehrenamtes.

Der Ausbildungsmarkt und das Verhalten der Jugendlichen bei der Berufswahl befinden sich in einem massiven Umbruch. Mehrere Entwicklungen sind zu beobachten, genannt seien hier diejenigen, die in der Debatte um mehr Bildungsgerechtigkeit eine Rolle spielen (zitiert nach *Blaß/Himmelrath*, S. 174 ff.):

- Der Trend zum Bildungs-Upgrading, also die Wahl immer höherer Bildungsabschlüsse durch immer mehr Jugendliche und die damit verbundene Zunahme der jahrgangsbezogenen Studienanfängerquote und der Rückgang der Ausbildungsquote.
- Die zunehmende Heterogenität und Diversität der jungen Menschen in Ausbildungsverhältnissen und damit auch in der Berufsschule, die bisherige, auf Leistungshomogenität und Zielgleichheit beruhende Unterrichts- und Vermittlungskonzepte zumindest partiell in Frage stellt und die nicht zuletzt darauf beruht, dass Unternehmen bei abnehmenden Bewerberzahlen auch Jugendliche als Ausbildungskandidaten in den Blick nehmen, die sie zuvor nicht rekrutiert hätten.
- Die schnelle Veränderung von Ausbildungsberufen und -inhalten durch eine immer schnellere Wissensentwicklung, die von einem Paradigmenwechsel nicht nur in der Berufspädagogik begleitet wird: Ziel ist nicht mehr in erster Linie die Vermittlung von konkreten beruflichen Fertigkeiten, sondern von genereller verstandenen Kompetenzen, um Berufstätige damit in die Lage zu versetzen, souverän mit sich ändernden Arbeits- und Wissensumgebungen umzugehen.

- Von außen an Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe herangetragene Veränderungen, die auf juristischen und gesellschaftlichen Entwicklungen beruhen. Genannt seien hier als Beispiele die Inklusion von Menschen mit besonderem Förderbedarf und die Umbrüche und Herausforderungen durch die verstärkte Zuwanderung von Geflüchteten, die im Schul- und Ausbildungssystem längst zu spüren sind.
- Der zunehmende Wettbewerb im schulischen Bildungssektor, der aus der demografischen Entwicklung und den deshalb zurückgehenden Schülerzahlen entsteht. Die klare Segmentierung und gewissermaßen automatische Zuteilung der Schüler zu bestimmten Bildungsgängen löst sich auf; die Berufsschule muss ihren Platz im sich verändernden Bildungssystem erst noch finden und sich dann gegen andere Bildungsanbieter behaupten.

Um die Berufsschule zukunftsfähig zu machen und besser mit den Hochschulen zu verknüpfen, ist die wechselseitige Anerkennung von Leistungen wichtig. Außerdem bedarf es eines leichteren Zugangs von Hochschulangeboten für Menschen mit beruflichem Werdegang oder vielleicht auch der Einführung einer zweijährigen Kombination aus Studium und Ausbildung, an deren Ende drei Optionen offenstehen: Fortführung der Berufsausbildung, des Studiums oder die Aufnahme eines dualen Studiums. Ein Modell, in dem der Berufsschule eine entscheidende Rolle als Wissensvermittlerin zukommt, die ihren Schülern das Rüstzeug für alle drei Optionen mitgibt. Es gibt sie auch schon, diese Modelle.

Das duale Ausbildungssystem mitsamt seinen Berufsschulen ist ein zentraler Baustein des deutschen Bildungssystems. Die Idee eines die Praxis begleitenden allgemeinen und damit zutiefst humanistischen Ausbildungsteils ist es, die die berufsbildenden Schulen zum Brückenbauer in der Debatte um das Bildungssystem und seine zukünftige Ausrichtung prädestiniert. Denn sie bringt Erfahrungen mit, die an anderen Schulformen in dieser Ausprägung erst noch gesammelt werden müssen. Die Zukunftssicherung dieses Systems und der Erhalt von dessen Attraktivität und Leistungsfähigkeit setzen dessen permanente Anpassung, Modernisierung und Optimierung voraus. Wenn wir den Berufsschulen, ihren Lehrern und Schülern mehr Aufmerksamkeit, Wertschätzung und Ressourcen schenken, können wir alle einen großen Schritt in Richtung eines gerechteren und chancenreicheren Bildungssystems machen.

Quellen (Stand: 17.04.2018):

327 Ausbildungsberufe: https://www.bibb.de/dokumente/pdf/2018_01_23_verzeichnis_anerkannte_ausbildungsberufe_2017.pdf

Anzahl der Berufsschüler:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BeruflicheSchulen2110200177004.pdf?__blob=publicationFile

Abbruchquoten:

https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2017.pdf

Hauptschüler Ausbildungsbeginn, acht Prozent:

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2017/dezember/region-und-schulbildungsentscheiden-ueber-chancen-auf-ausbildungsmarkt/>

Aktuelle Studierendenzahl duales Studium:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/156968/umfrage/duale-studiengaenge-2004-bis-2009/>

Studienabbrecher:

http://www.dzhw.eu/pdf/21/bericht_mercator.pdf

Berufsbildungsbericht 2017:

https://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2017.pdf

Katharina Bläß/Armin Himmelrath, Berufsschulen auf dem Abstellgleis – Wie wir unser Ausbildungssystem retten können, Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2016

Diskussionspapier der DKJS: Erkenntnisse zur beruflichen Bildung. Bestandsaufnahme, Ableitungen und Empfehlungen:

https://www.dkjs.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/themen/Diskussionspapier_Berufsschule_im_Blick.pdf

Verf.: Elke Büdenbender, Schloss Bellevue, 11010 Berlin

Dr. Heike Kahl, Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung – DKJS, Tempelhofer Ufer 11, 10963 Berlin, E-Mail: heike.kahl@dkjs.de